JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 77	30. Januar 1920	י׳ שבט תר״ף	Preis 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Einberufung des Grossen Aktions-Komitees.

Für den 10. Februar wurde nach London eine Sitzung des zion. Grossen Aktions-Komitees einberufen. Die Beratungen dürften eine volle Woche in Anspruch nehmen. Gleichzeitig werden auch Beratungen der Jüd. Kolonialbank und der Anglo-Palestine Company stattfinden.

Interview mit Dr. Boris D. Bogen.

Dr. *Bogen*, der sich durch die Leitung der Hilfstätigkeit des „Joint Distribution Committee" in Polen im letzten Jahre einen Namen in der Judenheit erworben hat, befindet sich jetzt, behufs Uebernahme einer neuerlichen Mission in Polen, auf der Durchreise in Paris. Nachdem die amerikanischen Uniformen in Paris jetzt seltener geworden sind, zieht die Begleitung Dr. Bogens, die aus 25 amerikanischen Offizieren besteht, im Vendôme-Viertel, wo dieselben im Hotel Continental abgestiegen sind, besondere Aufmerksamkeit auf sich.

Dr. *Bogen*, der vor kurzem zum Generaldirektor des „Joint Distribution Committee" ernannt wurde, hatte die Freundlichkeit, dem Pariser *G.*-Gewährsmann für die „Jüdische Presszentrale Zürich" ein Interview zu gewähren und sich über die Aufgaben seiner Mission in Polen folgendermaßen zu äußern:

„Die Erfahrungen, die die amerikanischen Juden mit der Uebersendung von Geld, Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen an ihre Familienangehörigen in Polen bisher gemacht haben, sind die denkbar schlechtesten. Die Millionenwerte, die im letzten Jahre nach Polen gesandt wurden, kamen infolge des mangelhaften Postdienstes nur zum kleinen Teile bei den betreffenden Familien an. Hier muß Wandel geschaffen werden. Ich fahre mit 25 Mitarbeitern nach Polen. Im ganzen Lande werden wir Zweigstellen des „Joint" errichten. Jede Zweigstelle wird unter Leitung eines unserer Offiziere stehen. Mit Hilfe unserer Autokolonnen wird von der Zentrale in Warschau aus, ein eigener Transportdienst eingerichtet werden. Die Sendungen werden von den Joint-Bureaus in Amerika als Sammelgut übernommen, der Zentrale in Warschau übersandt und von dort aus an die lokalen Zweigstellen verteilt. Diese wiederum werden die Zustellung an die einzelnen Empfänger zu besorgen haben. Der ganze Dienst steht unter dem Protektorat der amerikanischen Regierung. Wir werden sofort lokale Kräfte heranziehen und für unseren Dienst ausbilden. Ich werde unseren Erfolg umso höher einschätzen, je rascher unsere Organisation bis in ihre kleinsten Details klappt und wir den ganzen Dienst einheimischen Kräften übergeben können.

Aber nicht allein das soll unsere Aufgabe sein. Unsere Hilfsarbeit in den vergangenen Monaten war eine Improvisation, die die Not des Augenblicks geschaffen hat. Ich war mir während unserer mühevollen Arbeit der Unzulänglichkeit unseres Organisationsdienstes wohlbewußt. In der jüd. Presse wurden wir auch — vielfach mit Recht — kritisiert. Es war mir, damals wenigstens, nicht möglich, besseres zu schaffen. Wir haben nun den festen Willen, die ganze Hilfstätigkeit auf Basis der Selbstverwaltung umzubauen. Wir wollen verhindern, daß irgend eine mangelhaft informierte Stelle diktiert, wie in Pinsk oder in Cholm gearbeitet werden soll. Jede unserer Zweigstellen wird die Aufgabe haben, demokratisch organisierte Komitees, in welchem jede lokale Gruppe ihre Vertretung hat, zu bilden. Diese werden die Hilfsarbeit zu leiten haben. Wir sind uns bewußt, daß wir eine bedeutsame Aufgabe zu erfüllen haben und alle meine Freunde und Mitarbeiter gehen mit großem Enthusiasmus und festem Willen ans Werk.

Major Endres über die Judenfrage in Deutschland.

Der Münchener Vertreter der „Jüd. Presszentrale Zürich", Dr. *Taubes*, besuchte am 20. Jan. 1920 den durch sein Eintreten gegen die rohen Formen des Antisemitismus und durch seine Sympathie für die zionistische Idee in Deutschland bekannten Orientschriftsteller (Verfasser von „Zionismus und Weltpolitik") Franz Carl *Endres*, um dessen Ansichten über den augenblicklichen Stand der Judenfrage in Deutschland zu hören.

„Wir müssen", sagte Major Endres, „die Judenfrage heute in die allgemeine Frage des Antisemitismus und in die besondere Frage der ostjüdischen Einwanderung teilen. Der Judenhaß ist, wie in den früheren Jahrhunderten durch Seuchen, deren absichtliche Erregung man den Juden andichtete, so heute durch die wirtschaftliche Not in Deutschland sehr groß geworden. Von antisemitischer Seite wird den Juden die Schuld an allem aufgehalst, am Kriege selbst, am Verlust des Krieges, an der Revolution und an dem gegenwärtigen Elend. Der Wunsch, Ursachen für den nie für möglich gehaltenen Zusammenbruch zu finden, ist die psychologische Ursache, warum weite Kreise des Volkes den geschickt und ungeschickt geführten Anklagen gegen das Judentum glauben. Dazu kommt, daß eine augenblicklich sehr starke, reaktionäre Strömung in Deutschland den ausgesprochenen Kampf gegen das Judentum auf ihre Fahne geschrieben hat.

Militärische Drückebergerei, politische Verführung der Massen, unerträgliche Schieberei und Wucherei und sonstige Handlungen minderwertigen Menschentums, in denen Juden Akteure waren, werden nicht als Einzeltaten verachtungswürdiger Individuen bewertet und verurteilt, sondern kurzerhand als „der jüdische Geist" bezeichnet. Die Antisemiten und weite Kreise, die der mit grossen Geldmitteln arbeitenden antisemitischen Propaganda erliegen, sprechen heute von der jüdischen Gefahr für Deutschland und würden Ausnahmsgesetze gegen die Juden ohne weiteres annehmen.

Man beginnt zu vergessen, daß nicht der Geist des Judentums, sondern der Geist des Materialismus, der in christlichen wie in jüdischen Kreisen in den letzten Jahrzehnten, namentlich aber durch den Krieg, außerordentlich an Boden gewonnen hat, uns in den Abgrund treibt. Die deutschen Juden müssen daher mit aller Energie gegen diejenigen Elemente ihrer Rasse vorgehen, die Anlaß geben zu berechtigter Kritik und der dieser

Kritik unweigerlich folgenden, wenn auch unberechtigten Verallgemeinerungen. Im Judentum selbst muß ein einheitlich geleiteter Kampf gegen den Materialismus und seine Aeusserungen geführt werden."

Auf eine einschaltende Frage, wie er die brutalen Formen der gegenwärtigen Judenhetze in Deutschland beurteile, antwortete Major Endres: „Sie sind eine nervöse Folgeerscheinung der Kriegs- und Revolutionshaßstimmung. Sie verletzen den guten Geschmack und verringern unsere Kulturvaluta im Ausland. Man kann scharfer Feind des Judentums sein und braucht sich deshalb doch nicht inhuman d. h. kulturlos zu benehmen."

Major *Endres* ging dann auf die Frage der Ostjuden über, die er als ein technisch außerordentlich schwieriges Problem bezeichnete. Die Gefahr der ostjüdischen Masseneinwanderung, führte er aus, ist in der Lage, die Formen des deutschen Antisemitismus noch gewaltig zu verschärfen. Selbst zweifellos humane und vornehm denkende Persönlichkeiten, wie der preussische Minister des Innern, *Heine*, sind in größter Verlegenheit. Wir können unserem verarmten, noch lange nicht politisch beruhigten Land unmöglich zumuten, große Massen mittelloser Einwanderer aufzunehmen, auch wenn ihre politisch unerwünschten Teile ausgesiebt werden. Andererseits ist es wohl unmöglich, die schon Eingewanderten, wie das erwogen wird, in Konzentrationslagern zu vereinigen. Selbst eine vorbildlich gute Behandlung in diesen Lagern würde im Ausland uns nicht geglaubt werden. Es haftet zu viel Erinnerung an dem Begriff, von Buren und Armeniern her. Die Leute wären auch kaum produktiv zu beschäftigen. Sehr bedeutungsvoll halte ich die Einberufung einer internationalen Auswanderungskonferenz, deren Grundlagen in der „Jüdischen Rundschau" (Nr. 2, 1920) niedergelegt sind. Ich halte es außerdem aber für notwendig, da an eine Masseneinwanderung in Palästina vorläufig noch nicht zu denken ist, daß von England den Ostjuden in irgend einer seiner zahlreichen Kolonien Siedelungsland im grossen Maßstab gegeben wird. Ich glaube, daß England das tun wird, wenn ihm der Gedanke vernünftig auseinandergesetzt wird. Ich selbst glaube an die Möglichkeit grosser jüdischer Agrarkolonien und glaube, daß bewußt jüdisches Leben in Freiheit und Arbeit das wirksamste Mittel gegen jüdischen Materialismus ist. Es handelt sich also nur darum, die Ostjudenwanderung zu organisieren, ihr ein territoriales Ziel da zu geben, wo wirtschaftlich Platz ist, und dort sofort mit dem ethischen Aufbau der durch Jahrhunderte geknechteten Seelen zu beginnen. Mit ein wenig Menschenliebe bei allen beteiligten Stellen ist das gar nicht schwer und umso leichter, je früher und klarer man die Frage als tatsächliches Problem ansieht und sich zu ihrer Lösung entschließt.

Die Misrachi-Weltkonferenz in Amsterdam.

(Fortsetzung unseres Spezialberichtes aus Nr. 76.)

Am zweiten Tag der Konferenz wurde die Berichterstattung über die Lage des Misrachi in den einzelnen Ländern fortgesetzt. Abg. *Farbstein* referierte in einer dreiviertelstündigen Rede über den Aufschwung des Misrachi in *Polen*. In 300 Städten Polens gebe es 300 organisierte Misrachi-Vereinigungen, die 20—30,000 Mitglieder zählen, unter denen sich 100 angesehene Rabbiner befinden. Die Tätigkeit des polnischen Misrachi erstreckt sich auch auf die Teile Litauens, die von den Polen derzeit besetzt sind. Der Misrachi stützt sich auf die breiten Volksmassen, die trotz der im Lande herrschenden Armut, zufolge ihrer grossen Opferwilligkeit die misrachistischen Institutionen fast ganz aus eigenen Kräften erhalten.

Ueber die *Schweiz* referierte A. J. *Rom*, der die Leistungen des schweizerischen Misrachi betonte, während des Krieges als Vermittlungsstelle für die Misrachi-Organisationen der verschiedenen Länder gedient zu haben. Mit Rücksicht darauf, daß der Zentralsitz der Agudas Jisroel sich in der Schweiz befindet, komme dem schweizerischen Misrachi besondere Bedeutung zu. Was die Erfolge in der Schweiz selbst anbelangt, unterstrich er ganz besonders die Erneuerung der religiösen Idee unter der Jugend, die dem Misrachi hauptsächlich zu verdanken sei.

Am Nachmittag fanden Kommissionssitzungen statt, während am Abend Prof. H. *Pick* namens der Waad Hachinuch-Kommission über Erziehungsfragen referierte. In lebhaften Debatten, die zum Teil am Sonntag und Montag fortgesetzt wurden, wurde beschlossen, am Londoner Pakte der zwei Waadim festzuhalten u. auf den Vorschlag Ussischkins auf einen Waad, der aus 3 Zionisten, 3 Misrachisten und 3 Lehrern zusammengesetzt ist, nicht einzugehen. Im Laufe dieser Debatten kam es dann auch am Montag zu einer Erörterung der sog. *Frauenfrage*. Dabei erklärte der Ehrenvorsitzende, der greise Oberrabbiner von Zawierce, *Landau*, daß sich in der Halachah nicht der geringste Anhalt dafür finde, Frauen das Stimmrecht zu verweigern, es vielmehr eine Pflicht von Recht und Billigkeit sei, ihnen das Wahlrecht zu gewähren. Rabbi *Amiel* beantragte, die Entscheidung dieses Problems einer Rabbinerkommission zu überweisen zwecks endgültiger Beschlußfassung. Rabbi *Epstein* (Chicago) stellte den Antrag, mit Rücksicht darauf, daß diese Frage nicht auf die Traktandenliste gesetzt war darüber zur Tagesordnung überzugehen und die Entscheidung der nächsten Weltkonferenz vorzubehalten, welcher Antrag tatsächlich am Montag angenommen wurde. Am Sonntag wurde außer der Debatte über die Erziehungsfrage, in geheimen Sitzungen auch die politische Debatte fortgesetzt. Namens des Jüd. Nationalfonds begrüßte *De Lieme* die Konferenz und forderte die Misrachisten zur energischen Mitarbeit für den Nationalfonds auf. Am Montag hielt dann in geheimer Sitzung Rabb. Dr. *Schönfeld* (London) ein Referat über die politische Lage, während als Korreferent Abg. *Farbstein* fungierte. Einen Widerhall der Referate und der angeregten Debatten findet man zum Teil in den angenommenen Resolutionen, die wir weiter unten veröffentlichen. Am Dienstag fanden die Verhandlungen über das Budget statt, das Ausgaben von 134 Tausend Pfd. vorsieht. Zur Deckung derselben wurden die verschiedenen Länder zur Aufbringung bestimmter Summen verpflichtet, darunter Amerika zu 100,000 Pfd. Dr. *Barth* berichtete über die Gründung einer Weltjugendorganisation, als deren Sitz Holland bestimmt wurde, und Privatdozent *Fränkel* über die Universitätsfrage. Die Ergebnisse der allgemeinen Beratung und der verschiedenen Kommissionssitzungen wurden in einer Reihe von Resolutionen festgelegt, wovon die wichtigsten lauten:

Das Zentralbureau des Misrachi soll sobald als möglich nach Jerusalem verlegt werden. Bis zur Durchführung dieses Beschlusses soll die Zentrale folgendermassen organisiert werden: 1) Ein aus 5 Mitgliedern bestehendes Zentralbureau wird in *London* errichtet. 2) Ein diesem unterstelltes Zweigbureau wird in Erez Israel errichtet. Es besteht aus 5 Mitgliedern, von denen 3 vom Zentralbureau und 2 vom Zentralbureau in Erez Israel ernannt werden. 3) Das Zentralbureau wird verpflichtet, sich in allen wichtigen Fragen mit den Herren Rabbi *Berlin*, Rabbi *Fischmann* und Hermann *Struck* in Verbindung zu setzen.

Zu Mitgliedern des Zentralbureaus wurden einstimmig gewählt: Chiefrabbi Dr. *Herz*, Rabb. Dr. *Schönfeld*, Sir Stuart *Samuel*, Prof. Dr. Herman *Pick* und Abg. *Farbstein*.

Die Misrachiweltkonferenz spricht den politischen Führern der Zion. Organisation tiefen Dank aus für ihre unermüdlichen und erfolgreichen politischen Bemühungen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sie in naher Zukunft die diesbezüglichen Verhandlungen zu gewünschten Resultaten führen werden.

Für das Verhältnis der Misrachi-Landesorganisationen zu den zion. Landesorganisationen werden bindende Vorschriften nicht aufgestellt.

Die Weltkonferenz des Misrachi spricht ihre große Freude darüber aus, daß die Errichtung einer hebräischen Universität in Jerusalem von der Zion. Organisation in Angriff genommen ist. Sie beauftragt die Leitung der Organisation eine Kommission einzusetzen, die sich mit der Universitätsarbeit befasst. Sie drückt die Erwartung aus, daß es gelingen wird, eine Organisationsform für die Universität zu finden, bei der die Gewissensfreiheit der verschiedenen religiös-kulturellen Richtungen gewahrt bleibt. Der gegenwärtige Zustand des unter dem Waad Hachinuch stehenden Erziehungswesens in Erez Israel genügt den Anforderungen des traditionellen Judentums in keiner Weise. Im Hinblick auf die religiösen Grundlagen unserer Weltanschauung, auf denen unser Erziehungswesen aufzubauen ist, ersuchen wir die Leitung der Zion. Organisation, den Beschluß der Londoner Konferenz, zwei von einander unabhängige Waadim für das Erziehungswesen in Erez Israel zu schaffen, innerhalb zweier Monate durchzuführen. Sollte die Leitung der Zion. Organisation die Ausführung des Londoner Beschlusses ungerechterweise ablehnen, so werden wir die Führung des gesamten gesetzestreuen Erziehungswesens in Erez Israel unabhängig von den gegenwärtigen zion. Erziehungsorganen in die Hand nehmen. Diese Regelung hat Dauer bis zur Entscheidung der Frage durch die jüd. Gesamtvertretung Erez Israels.

Die Konferenz spricht ihre Freude über die Gründung eines Lehrerseminars in Jerusalem aus u. zugleich ihren Dank der Misrachiorganisation in Amerika für deren Hilfe bei der Gründung dieser wichtigen Anstalt. Sie verpflichtet die allgemeine Organisation, die Unterstützung dieser Anstalt auf sich zu nehmen und bald auch ein Beth Hamidrasch für Mädchen dort zu gründen.

Die Misrachi-Weltkonferenz fordert, daß bei der Organisierung des allgemeinen sozialen Lebens in Palästina, die Verwirklichung der Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit berücksichtigt werden soll und daß künftig das Herauftreiben der Preise der anzukaufenden Ländereien, sowie die Ausbeutung der Arbeiter den Thoragesetzen gemäß verhütet werde.

In Anerkennung der Tatsache, daß die wichtigste Gegenwartsarbeit auf dem Gebiete der Kolonisation in Erez Israel im Landerwerb und in der Bearbeitung des Bodens durch jüd. Hände besteht, beschließt die Weltkonferenz, innerhalb der verschiedenen Organisationen eine Agitation zu unternehmen, zur Begründung von Gesellschaften nach dem Muster der amerikanischen Aktiengesellschaft „Nachliel“ und der polnischen Gesellschaft „Nachlath Aboth“.

Der Misrachileitung wird die Pflicht auferlegt eine Gartenbaukolonie in der Umgebung Jerusalems zur Erinnerung an Rabbi *Reines* zu begründen und dafür zu sorgen, daß durch die Vermittlung Ussischkins die Stiftungen von Chajim *Kahan* dem Misrachi überlassen werden, sowie zu erstreben, daß die Verwaltung der Kolonie „Meor Chajim“ dem Misrachi übergeben wird.

Die Konferenz legt der Leitung des Misrachi die Pflicht auf, die Gründung einer Agrarschule in der Nähe einer der bestehenden Kolonien in Palästina durchzuführen.

Die Konferenz beschließt den Unterricht im Garten- und Landbau an den Talmud-Thora-Schulen, wie an anderen religiösen Kolonie-Schulen zu organisieren.

Die feierliche Schlußsitzung, an der zahlreiche verheißungsvolle Abschiedsreden mit einem fröhlichen Ausblick in die Zukunft gehalten wurden, dauerte am Dienstag bis 1 Uhr nachts.

Im Anschluß an die Konferenz fand am Samstag Abend in der Diamantenbörse ein von über zwei Tausend Personen besuchtes Massenmeeting statt, an dem zahlreiche Redner, darunter Oberrabbiner *Ascher* (Groningen), Chacham Baschi *Usiel* (Jaffa), Hermann *Struck*, Dr. *Barth*, Rabbi *Amiel*, Rabbi *Zlotnik*, Rabbi Meier *Berlin* u. A. Reden hielten.

Die amerikanische Ukraine-Kommission in Paris.

Aus Paris wird der „Jüd. Presszentrale Zürich“ berichtet: Am 24. Januar empfing das Komitee der Jüdischen Delegationen die amerikanische Hilfskommission, die im Auftrage des Joint Distribution Committee aus Amerika nach der Ukraine sich begibt und momentan auf der Durchreise sich in Paris befindet. Diese Kommission besteht vorläufig aus drei Mitgliedern, dem Richter *Fischer* aus Chicago, Prof. *Friedlander* aus New-York und dem Sekretär der vereinigten jüdischen Gewerkschaften *Pine*. Sobald die Möglichkeit grosser Aktionen in den Gebieten der Ukraine sich herausstellt, wird die Kommission wesentlich vergrössert werden.

In der Sitzung des Komitees der Jüd. Delegationen erklärte Richter *Fischer* aus Chicago, dass die Kommission über beträchtliche Mittel verfügt und nur danach strebt, die Wege ausfindig zu machen, um der schwer heimgesuchten jüdischen Bevölkerung in der Ukraine Hilfe gewähren zu können.

Der Vorsitzende *Sokolow* und der Generalsekretär *Motzkin* äusserten ihre Freude darüber, dass endlich eine Kommission der amerikanischen Juden sich nach der Ukraine begebe. Dies sei eine Forderung, welche das Komitee der Jüd. Delegationen an das amerikanische Judentum seit dem Juni vorigen Jahres unausgesetzt gestellt und wiederholt durch Beschlüsse, Telegramme und Briefe zum Ausdruck gebracht habe.

Des weiteren entwickelte Dr. *Kogan-Bernstein* aus Kischinew (Bessarabien) ein Bild der grossen in Bessarabien selbst geleisteten Hilfstätigkeit, sowie der Versuche, die von dort aus in bezug auf die Ukraine unternommen wurden. Ferner erstattete Dr. *Bernstein* (Kopenhagen) einen Bericht über die Tätigkeit der skandinavischen Hilfskomitees.

Das Projekt der allgemeinen jüdischen Hilfskonferenz wurde von den amerikanischen Gästen mit grossem Eifer und Sympathien begrüsst. Der Gewerkschaftsführer *Pine* versicherte, dass die grossen jüdischen Volkskreise Amerikas der Idee eines Zusammenarbeitens der amerikanischen und europäischen Hilfsorganisationen mit Freude zustimmen und für die allgemeine Hilfskonferenz, die eine Basis dieses systematischen Zusammenarbeitens schaffen soll, voll und ganz eintreten.

Der der Sitzung beiwohnende Herr *Abrahams* aus Johannisburg (Südafrika), übermittelte darauf die Grüsse des südafrikanischen Judentums, welches gleichfalls der Idee des solidarischen Vorgehens aller jüdischen Hilfsinstitute und grossen Organisationen uneingeschränkt zustimme.

Chronik.

Polen.

Das Gesetz über die Erwerbung des polnischen Bürgerrechtes.

Der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ wird berichtet: Der polnische Reichstag hat nach Annahme des ruinösen Sonntagsruhegesetzes zum zweiten vernichtenden Schlage gegen die polnische Judenheit ausgeholt. Im Gegensatz zu den klaren Bestimmungen des Friedenstraktates, sucht Polen durch Kniffe und Mätzchen die Anwendung der Bestimmung des Friedensvertrages für den Erwerb des polnischen Bürgerrechtes, für ganze Kategorien polnischer Einwohner zu verunmöglichen. Wenn die Bestimmungen auch ganz allgemein gefaßt sind, so treffen sie doch fast ausschliesslich Juden. Auf diese Weise hofft Polen — einfach durch gekünstelte Interpretationen — die sogenannte Frage der „Litwaken“ zu lösen. Trotz der überzeugenden Reden der Abgeordneten *Grünbaum* und *Hirschhorn* wurde das Gesetz in der namens der Kommission von Abg. *Glabinski*,

dem Führer der National-Demokraten, vorgeschlagenen Fassung, angenommen. In seiner Rede warf Abg. *Grünbaum*, dem Abg. *Glabinski* nicht nur Perfidie vor, sondern machte ihm auch den Vorwurf, daß er versuche, die seit dem Berliner Kongreß wohlbekannten rumänischen Interpretations-Methoden in die polnische Verfassung einzuführen. Es wird dann in Polen vollberechtigte Bürger und ständige Einwohner geben, die nur Pflichten, aber keine Rechte haben. Selbstredend blieben die jüdischen Abgeordneten bei der Abstimmung allein und selbst die Sozialisten wagten nicht, für die jüdischen Verbesserungs-Anträge zu stimmen, aus Furcht, als Juden-Schutztruppe bezeichnet zu werden. Ungeheure Erregung rief der Zwischenruf *Grünbaums* hervor, daß Paris diese Bestimmungen nie akzeptieren werde. „Kein Pole habe das Recht, auswärts um Hilfe nachzusuchen" rief man ihm zu. Das Gesetz wurde am gleichen Tage endgültig auch in dritter Lesung angenommen. Ausser den jüdischen Abgeordneten traten auch die jüdischen Zeitungen ohne Parteiunterschied ausnahmlos mit geharnischten Protesten gegen diese Vergewaltigung der elementarsten jüdischen Rechte auf.

— Anläßlich der sich in letzter Zeit wieder häufenden Ueberfälle auf jüdische Bahnreisende, wandte sich der Klub der jüd. Abgeordneten an die Regierung mit der Bitte, energische Maßnahmen zum Schutze der jüd. Passagiere zu treffen. In seiner Antwort erklärte der Kriegsminister, daß sich das Ministerium an das polnische Militärkommando gewandt habe, damit dieses entsprechende Verordnungen erlasse, die die Wiederholung solcher Vorfälle, wie sie der jüd. Klub mitgeteilt habe, in Zukunft unmöglich machen.

— Der Vizeminister für das ehemalige Deutschpolen erklärte einer Delegation des Jüd. Volksrates, daß die Prozentnorm auf der Posener Universität baldigst abgeschafft werden dürfte.

— Die Konferenz der Zionisten Ostgaliziens wird für Ende Februar nach Lemberg einberufen.

Litauen.

Die Konferenz der jüdischen Gemeinden.

Kowno, 14. Jan. Das Pressebüro des jüd. Ministeriums teilt mit: Der Gemeindetag der litauischen Gemeinden wurde heute geschlossen. Seine Verhandlungen hatten guten Erfolg. Es wurde ein Nationalrat von 34 Mitgliedern gewählt, dessen Präsident *Rosenbaum* ist. Zum Minister für jüdische Angelegenheiten wurde *Soloweitschik* wiedergewählt. Es wurde beschlossen, eine Vertretung in das Komitee der Jüd. Delegationen in Paris zu entsenden. Schließlich wurde eine Anzahl von Resolutionen über politische und ökonomische Fragen angenommen.

Die zweite zion. Konferenz in Litauen.

Am 1. Januar wurde die zion. Konferenz in Kowno eröffnet, die Advokat *Rosenbaum* mit einer hebräischen Ansprache einleitete. Er erwähnte, dass Litauen in Mittel-Europa einen lichten Punkt bilde, und wenn man sich sicherlich auch über manches zu beklagen habe, müsse man doch dankbar sein, daß wir hier gleichberechtigt als Bürger und als Nation sind und unsere Rechte durch die Pariser Deklaration, die ein wichtiges historisches Dokument ist, bekräftigt worden sind. Sodann bespricht Rosenbaum die aufopfernde Tätigkeit des Komittes der Jüd. Delegationen in Paris. Es wird beschlossen, ein Begrüssungstelegramm an Dr. *Motzkin* abzusenden. Ausserdem wurde ein Telegramm an die Genossen in Palästina an Ussischkins Adresse abgesandt. In einem grösseren Referate spricht Dr. *Robinsohn* über Palästina, das mit den Worten schliesst: Das Palästinaproblem ist heute ausschliesslich ein praktisches Problem, weshalb wir alle unsere Kräfte zur Arbeit verwenden müssen; dann werden wir sagen können, dass wir für die Erlösung des jüd. Volkes mitgewirkt haben.

Auf der zweitägigen Konferenz wurde eine Reihe von Resolutionen angenommen, in welchen u. a. gefordert wird, dass die zion. Jahreskonferenz sogleich, ohne Rücksicht auf alle Schwierigkeiten, einberufen werden soll und alle Vorbereitungen für die Einberufung des Kongresses gemacht werden, selbst dann, wenn ein Teil der zion. Organisationen darauf nicht vertreten sein wird. Die Leitung solle alle Vorbereitungen für die Aufnahme des Emigrationsstromes machen. Der „Waad Hazirim" wird aufgefordert, energisch seine Arbeit zu verrichten und jene Kräfte, die die Einigkeit des Jischub und die politische und sprachliche Einheit stören, unbeachtet zu lassen. Die Nationalisierung des Bodens soll eine der Grundlagen der sozialen Gerechtigkeit sein, auf welchen unsere Zukunft aufgebaut wird. Die Litauischen Zionisten, die an der Kehilloth-Konferenz teilnehmen, haben auf unsere autonomen Organe einzuwirken, dass sie die Palästinaarbeit in den Kreis ihrer Tätigkeit ziehen und auf dieser Konferenz die Forderung Palästinas für das jüd. Volk auf die Tagesordnung bringen. Die Konferenz dankt Adv. *Rosenbanm*, Mitglied des Grossen Aktionskomitees, und Minister *Soloweitschik* für ihre fruchtbare Arbeit auf dem Gebiete der Festigung der jüd. nationalen Lage in Litauen und erklärt, dass der jüd. Minister als nationaler Minister an der Regierung sich beteilige und unabhängig ist von den Aenderungen, die bei der parteimässigen Zusammenstellung der Regierung vorkommen. Es ist notwendig, einen Delegierten Litauens in den Waad Haarazoth zu entsenden.

(Wegen Raummangel längere Zeit zurückgestellt.)

— Unter Vorsitz von Dr. *Robinsohn* (Wirballen) fand am 30. Dezember in Kowno eine Konferenz der hebräischen Lehrer statt.

Lettland.

Die Juden in Lettland, ungefähr 10,000, verteidigen, zusammen mit den anderen Minoritäten, ihr Recht auf nationale Vertretung in den Staatseinrichtungen. Sie haben einen bedeutenden Erfolg zu verzeichnen. Ihre kulturellen Institutionen (Primar- und Mittelschulen) sind von der Stadtverwaltung von Riga subventioniert worden, während die Verwaltung der Schulen ausschließlich von den jüd. Parteien selbst kontrolliert wird. Die einzige Forderung, die die lettische Regierung aufstellt, lautet, daß die lettische Sprache als Landessprache in den Schulen gelehrt werden soll. Bezüglich der Unterrichtssprache ist man zu dem Kompromiß gelangt, daß der Unterricht in den unteren Klassen der Primarschulen in Jiddisch, in den höheren dagegen in Hebräisch erteilt werden soll. In den Mittelschulen wird die Unterrichtssprache aus „technischen Gründen" meist russisch sein.

Rumänien.

Der Bukarester *B.*-Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet: Von Rumänien wird jetzt eine Presskampagne nach einer neuen Methode betrieben, deren innerer Kern wieder die Judenfrage bildet. Aehnlich wie nach dem Berliner Kongreß, werden jetzt nacheinander alle Register aufgezogen, um die internationalen Verpflichtungen den Juden gegenüber nicht erfüllen zu müssen. Erst erklärte Rumänien trotzig, stark zu sein, niemand könne ihm diktieren, weshalb man ihm Konzessionen machen müsse, wenn man wünsche, dass es den Friedensvertrag unterschreibe. Jetzt erklärt es, schwach, von inneren Unruhen bedroht und von den Bolschewiki gefährdet zu sein, ohne daß die Regierung die Kraft habe, die unpopulären Minoritätenrechte durchzuführen.

Die Nachricht, daß die Zensur und der Belagerungszustand aufgehoben sind, muß richtig verstanden werden. Die Aufhebung erfolgte nur beschränkt für Alt-Rumänien, die Kriegsgerichte funktionieren aber auch dort weiter, sodaß die Zivilpersonen in allen ihren politischen

Aeusserungen den Kriegsgerichten unterstellt sind. In den neuen Gebieten herrscht die Gendarmerie-Willkür, Prügelstrafe etc. weiter und steigert die Erbitterung der ganzen Bevölkerung. Die Moldauer in Bessarabien sind während der hundert Jahre russischer Herrschaft nicht so russifiziert, so zu Feinden Rumäniens geworden, wie in einem Jahre durch die Herrenlaunen der rumänischen Beamten und durch die Uebertragung der gewalttätigen Methoden der Bauernbehandlung Alt-Rumäniens auf Bessarabien. Während in Rußland seit Stolypin kräftig für das Erstarken der Bauern gearbeitet wurde, sitzen die Bojaren noch immer anf dem Rücken des Bauern in Alt-Rumänien.

In der Bukowina und in Transsylvanien wurde die Bauernbefreiung bereits durch Josef II durchgeführt. Wie hier die altrumänische Methode wirkt, lässt sich denken. In dieser Lage sucht die Regierung Kredite im Auslande, um den Unzufriedenen im Inneren des Landes den Mund verstopfen. zu können und Konzessionen in der Judenfrage, um sich über die politischen Unannehmlichkeiten hinwegzuhelfen. Der rumänische Minoritätenvertrag ist nämlich nur *provisorisch von General Coanda unterschrieben, jedoch noch nicht von den Großmächten.* Rumänien hat sich ausdrücklich vorbehalten, weitere Verhandlungen zu führen, *sodaß die Minoritätenrechte noch nicht gesichert sind.*

— Herr E. F. *Braunstein*, Paris, stellt der „J.P.Z.“ ein der in Bukarest erscheinenden „Mantuirea“ vom 7. Jan. entnommenes charakteristisches Schreiben zur Verfügung. Ein jüdischer, rumänischer Bürger erhielt auf sein Gesuch, beim Wettbewerb für die Aufnahme in die Telegraphen-Schule zugelassen zu werden, von der betreffenden Direktion folgende Antwort:

„Auf Ihr Ansuchen teilen wir Ihnen folgendes mit: Nach dem heiligen Gewaltfrieden wird man mit Gottes Hilfe in Ihrem Mutterlande, Palästina, eine Eisenbahn errichten. Sie können daher erfahren, daß Sie, um in die Telegraphen-Schule von Palästina aufgenommen zu werden, sich einer Prüfung im Talmud unterziehen müssen, den Arm mit einem Gebetriemen umwunden und die Tefillim auf der Stirn. Dies weil Sie schon Rumäne geworden sind.“

Dieser stupide Scherz eines rumänischen Beamten ist jedenfalls bezeichnend für den in Rumänien herrschenden Geist.

— Unlängst ist in Piatra-Nemez der bekannte jüd. Schauspieler *Segalesku* gestorben, der seit mehr als 30 Jahren in Rumänien für das jüd. Theater, dessen Gründer er seinerzeit gemeinsam mit Abraham *Goldfaden* gewesen ist, gewirkt hat.

Oesterreich.

Der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ wird aus Wien telegraphiert: Sämtliche humanitäre orthodoxen Vereine haben sich in der sozialen Fürsorge der Adas-Jisroel-Schiffschul vereinigt. Ihre Vertreter arbeiten gemeinsam mit den Vertretern der sozialen Hilsgemeinschaft der Frau Anitta *Müller*. Die aus Ungarn ausgewiesenen palästinensischen Flüchtlinge werden von der orthodoxen Sozial-Fürsorge und der Agudah-Jugend-Gruppe beherbergt und verpflegt. Dank der Aufopferung und erfolgreichen Tätigkeit der Leiterin der weiblichen orthodoxen sozialen Fürsorge, Fräulein Lorbeerbaum, sowie der Palästina-Sektion der orthodoxen Jugendgruppe, werden sie kostenlos heimbefördert. Eine große Zahl polnisch-russischer Emigranten ist auf der Durchreise nach Amerika in Wien eingetroffen, wo sie von der Sozial-Fürsorge beherbergt und verpflegt werden. Weitere Transporte sind avisiert. Die Orthodoxie plant die Errichtung einer großen Mittelstandsküche.

Deutschland.

Der verdienstvolle Vorsitzende des „Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Geheimer Justizrat Dr. Eugen *Fuchs*, hat auf dringenden ärztlichen Rat dieses Amt niederlegen müssen. Er wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Frankreich.

Der Pariser *B.*-Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ berichtet: Die Verhandlungen wegen des wirtschaftlichen Vertrages sind infolge des Wechsels im Ministerium des Aeussern in Paris ins Stocken geraten. Fast alle leitenden Stellen werden neu besetzt. Dieser Vertrag kann selbstredend auch für die Palästinafrage von Bedeutung sein. Zwischen *Pichon* und *Sokolow* bestand ein weitreichendes Einvernehmen in allen Palästinafragen. Es wird sich bald zeigen, welche Stellung Ministerpräsident *Millerand* zu diesen Fragen einnehmen wird.

— In der Pariser „La Cause Commune“, dem Organ Burzews, veröffentlicht der ehemalige sozialdemokratische Dumadeputierte *Alexinsky*, der aus Rußland zurückgekehrt ist, seine Eindrücke über das jüd. Problem. Bezüglich der in Amerika eingeleiteten Geldsammlungen für die jüd. Pogromopfer in der Ukraine verlangt Alexinsky, daß die gesammelten Gelder nicht nur unter Juden verteilt werden, sondern gleichermassen der armen jüdischen und nichtjüdischen Bevölkerung zukommen, da sonst noch ein stärkeres Aufflackern des Antisemitismus zu befürchten sei. Aehnlich hat sich auch *Maklakow* in Paris geäussert. Die Herren scheinen an den bisherigen Pogromen noch nicht genug zu haben. Ihre Ansichten bedeuten nichts anderes als „Dein Geld oder dein Leben“. Nachdem die dem Tode entronnenen Juden gründlichst ausgeplündert worden sind, sollen sie nun auch die ihnen von ihren Brüdern zukommenden Unterstützungen redlich mit ihren Plünderern teilen.

England.

Zusammenarbeit des „Joint Foreign Committee“ mit dem „Komitee der Jüd. Delegationen.“

Auf der am 25. Januar stattgefundenen Sitzung des Board of Deputies wurde der Beschluss gefaßt, daß das „Joint Foreign Committee“, das den Board of Deputies und die Anglo Jewish Association, vertritt, Delegierte in das „Komitee der Jüdischen Delegationen“ nach Paris entsenden soll. (S. „J.P.Z.“ Nr. 74.)

Auf dieser Sitzung des Board of Deputies wurde auch zum ersten Male eine Resolution gefaßt, sich der sog. russischen Familien, d. h. der jüdischen Frauen und Kinder, die in England hilflos geblieben sind, weil ihre Männer und Väter in Russland Militärdienst leisteten, anzunehmen.

Empfang Stuart Samuels im Board of Deputies.

Am 24. Januar abends wurde die Rückkehr Sir Stuart *Samuels* aus Polen im Board of Deputies offiziell gefeiert. Die Aufnahme Samuels war eine enthusiastische. Lord *Rothschild* wies in seiner Begrüssungsrede auf die historische Bedeutung von Samuels Reise hin, der die Aufgabe hatte, über die Leiden unserer Brüder in Polen Erhebungen zu machen. Samuel habe nicht nur den Juden in Polen, sondern den Juden der ganzen Welt einen guten Dienst erwiesen. Lord Rothschild betonte auch, daß zur Zeit als Stuart Samuel den polnischen Juden in ihrer grossen Not Hilfe bringen sollte, sein Bruder *Herbert Samuel* im Auftrage derselben Regierung delegiert wurde, das jüdische nationale Heim vorzubereiten.

In der Antwort betonte Sir Stuart *Samuel*, daß er seinen Bericht demnächst der Regierung überreichen werde und nicht beabsichtige, vorher Einzelheiten mitzuteilen. Er könne nur versichern, daß sein Bericht frei von Vorurteilen sei und nur die objektive Wahrheit enthalte. Nach Hervorhebung des ihm von der polnischen Regierung bewiesenen Entgegenkommens, bemerkte Samuel, daß die Lage der Juden in Polen zweifellos

sehr ernst sei. Die Bevölkerung sei durch und durch antisemitisch und werde systematisch von der polnischen Presse aufgehetzt. Die polnische Regierung habe Verständnis für die Lage und die höheren Beamten seien bemüht, den Juden ihr Dasein in Polen erträglich zu gestalten. Jedoch würden alle Befehle von den subalternen Beamten unbeachtet gelassen. Auch der Reichstag sei antisemitisch. Er beschliesse Gesetze, die direkt gegen die jüd. Interessen gerichtet sind (s. J. P. Z. Nr. 69 und 77). Die Polen trachten die Juden aus den von ihnen jetzt eingenommenen Berufen zu verdrängen. Es werde ihnen dies jedoch nicht gelingen, da ihnen jüdische Intelligenz und Fähigkeit abgehen. Zur Charakteristik sei erwähnt, daß z. B. in der jetzt zu Polen gehörenden Stadt Minsk die Juden die einzigen sind, die polnisch können. Das polnische Rote Kreuz, das aus Antisemimitismus keine jüd. Krankenschwestern anstellen wollte, war aus den angeführten sprachlichen Gründen, in Minsk dazu gezwungen. Stuart Samuel erwähnte sodann die verschiedenen Antworten, die er höheren polnischen Beamten und u. a. auch Pilsudski gegeben habe. Pilsudski anerkenne auch, daß den Juden Unrecht geschehe, aber die Regierung sei noch jung und habe wenig zu befehlen. Den Juden stünden noch schwere Zeiten in Polen bevor.

— Am 1. Februar sollte Prof. *Weizmann* vor einer Versammlung zionistischer Vertreter einen Bericht erstatten. Der Vortrag wurde nun für den 8. Februar verschoben, da Weizmann telegraphisch mitteilte, daß er voraussichtlich am 1. Februar von Paris unabkömmlich sei.

— Das zion. Zentralbureau in London übersandte ein von Dr. Schmarja *Levin* unterzeichnetes Rundschreiben des Aktions-Komitees an die verschiedenen Föderationen, worin des ausführlichen auseinander gesetzt wird, weshalb die nach Basel einberufene Konferenz verschoben werden mußte.

— Am 7. Februar wird in London eine *Tschlenowfeier* unter Vorsitz von Dr. Schmarja *Levin* abgehalten werden. Die Gedenkrede wird *Max Nordau* halten.

— In London wurde unter Teilnahme aller Spitzen der jüd. Gesellschaft, die 25 jährige Gründungsfeier der jüd. historischen Gesellschaft in England gefeiert. Auch eine Reihe prominenter nichtjüdischer Persönlichkeiten, unter ihnen der Lord-Kanzler, der Amerikanische Gesandte und andere hielten begeisterte Lobreden auf das Judentum.

— Der Herausgeber des „Doar Hayom“, *Ithamar Ben Awi,* der sich derzeit in England aufhält, wurde von der englischen zion. Organisation ersucht, in verschiedenen Städten Englands Agitationsvorträge zu halten.

Ithamer Ben Awi, der Sohn *Ben Jehudas,* hatte u. a. auch eine Unterredung mit *Lord Northcliff*, der ihn mit grosser Herzlichkeit als Kollegen vom Fach empfing. Northcliff verwies auf die zionistenfreundliche Haltung der vielen von ihm herausgegebenen Zeitungen und drückte sein Erstaunen über den ihm gemachten Vorwurf des Antisemitismus aus. Er interessierte sich ungemein für die vielen Einzelheiten des neuen palästinensischen Lebens und forderte Ben Awi auf, seine Erlebnisse in seiner, Northcliffs, Presse zu schildern. Northcliff beabsichtigt, nach Palästina zu gehen, um aus eigener Anschauung das von den Zionisten während der letzten Jahre Geleistete kennen zu lernen.

In einem Interview mit einem Vertreter der „Jewish Times“ teilt Ben Awi interessante Einzelheiten über die Literatur und Literaten in Palästina mit. Allmählich bilde sich dort eine Reihe junger Schriftsteller heran, die man als palästinensische Schriftsteller bezeichnen könne. Die älteren, mögen sie wie lange immer bereits in Palästina weilen, müssen ihrer Sprache und ihren Anschauungen nach, noch immer als Galuth-Schriftsteller bezeichnet werden, z. T. selbst Ben Jehuda. Ben Awi erklärte auch, daß die vielen so sehr beanstandeten Wort-Neubildungen Ben Jehudas bereits, zum Teil wenigstens, allgemein anerkannt und gebraucht werden, selbst von seinen früheren Bekämpfern wie Achad Haam und Frischmann. Bei der Abfassung seines berühmten Wörterbuches ist Ben Jehuda jetzt beim Buchstaben „צ“ angelangt.

Italien.

Triest. - Q. - Durch die Fürsorge des Komitees zur Heimbeförderung der palästinensischen Flüchtlinge in Wien und Vermittlung der Jüdisch-Pal.-Reise- und Transportgesellschaft sind mit dem Dampfer „Carmolia“ am 14. Jan. mit 3 tägiger Verspätung 48 Passagiere nach Palästina abgereist. Unter denselben befanden sich 18 Chaluzim aus Krakau und Przemysl, 1 Arzt, 1 Aerztin, 1 Zahnarzt, 2 Bauingenieure und 1 Möbelfabrikant. Sowohl das Palästina-Amt wie auch die Filiale der Reise- nnd Transportgesellschaft gingen den Passagieren während ihres 5tägigen Aufenthaltes mit Rat und Tat an die Hand. Mit obgenanntem Dampfer schiffte sich ferner Herr Heinrich *Stolinski* nach Palästina ein, um die Leitung der Geschäftsstelle der Jüd.-Pal.-Reise- und Transportgesellschaft in Haifa zu übernehmen. Heute, den 15. Jan., fuhr Dr. Emil *Stein* auf der „Semiramis“ nach Palästina ab, um dort das Hauptbureau der Reise- und Transportgesellschaft zu organisieren.

Türkei.

Sokolow soll einen Brief des Chacham Baschi von Konstantinopel erhalten haben, wonach dort die hebräische Sprache in allen jüdischen Schulen als Unterrichts-Sprache eingeführt wird. Interessanterweise soll dies auf Verlangen des franz. Kommandos geschehen sein. (Jewish Times)

— Der Sekretär der Zion. Organisation und bisherige Leiter des Kopenhagener Büros, Dr. *Bernstein*, wurde zum Generalsekretär des zion. Büros in Konstantinopel ernannt, wo er gemeinsam mit Dr. *Caleb* die mit Rücksicht auf die jüdische Emigration aus Südrußland zu erwartende große Arbeit bewältigen soll.

Amerika.

Unter Beteiligung von 80 Delegierten fand am 4. Jan. in New-York eine Konferenz der Delegierten des jüdisch-amerikanischen Kongresses statt, wo folgende Resolution beschlossen wurde: „Da das jüdische Volk jetzt vor sehr ernsten und ungewohnten Fragen steht, die baldige Lösung erheischen und die am besten durch den jüdisch-amerikanischen Kongreß beantwortet werden können, wie auch in Anbetracht dessen, daß kein Grund für den Nichtzusammentritt des Kongresses vorliegt, wird beschlossen, das Exekutiv-Komitee aufzufordern, ehestens Schritte zu unternehmen, um spätestens bis zum 22. Februar eine Kongreßsitzung einzuberufen. Falls binnen 3 Wochen die nötigen Schritte nicht unternommen werden sollten, haben die hier versammelten Delegierten wieder zusammenzukommen, um weitere Schritte zu beraten.“

Auch in Philadelphia fanden Beratungen der Vertreter der dortigen jüd. Organisationen wegen der Wiedereinberufung, oder richtiger — Wiederzusammentritts, da er sich doch in Permanenz erklärt hatte — des amerikanisch-jüdischen Kongresses statt.

— John *Rockefeller* hat sich an Oberst Ginsburg, den Leiter der Hilfsaktion für die Ostjuden, mit folgendem Brief gewandt: Obwohl wir annehmen, dass nur Geldsammlungen von J u d e n beabsichtigt sind, würden mein Vater und ich es uns zur Ehre anrechnen, wenn man auch uns gestatten würde, zugleich mit unseren jüd. Mitbürgern zum Gelingen dieser Aktion beizutragen. Wenn also das geehrte Komitee nichts dagegen hat, erlauben wir uns, als Spende 75000 Dollars (mein Vater 50000 und ich 25000) anzubieten.

— Auf einem von der zion. Organisation im Hotel Astor in New-York veranstalteten Bankett zwecks Propaganda für den geplanten 10 Millionen Fonds, wurden, da die Kampagne für die Sammlung erst am 18. Januar beginnen soll, 400 000 Dollars vorgezeichnet.

— Die zion. Organisation gab im Hotel Pensylvania einen Lunch für 141 protestantische Geistliche, die die Etablierung eines jüdischen nationalen Heimes in Palästina begrüßten und versprachen, in der 10 Millionen Kampagne mitzuhelfen.

— Die „Histadruth Ibrith“, die jetzt eine rege Tätigkeit für die Wiederauflebung der hebräischen Sprache entfaltet, hat eine Schauspieltruppe organisiert, um in New-York und anderen amerikanischen Städten, hebräische Theater-Vorstellungen zu veranstalten. Die erste hebräische Gala-Vorstellung soll Anfang März im Irving-Platz-Theater stattfinden.

—Anläßlich des Alkoholverbotes hat Louis *Marshall* Schritte unternommen, um für die Juden die Erlaubnis zu erwirken, an den Sederabenden wie auch für religiöse Zwecke Wein benutzen zu dürfen.

Palästina.

Die Unruhen in Obergaliläa.

Der palästinensische Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ berichtet: Bei den Kämpfen zwischen den Franzosen und den gut ausgerüsteten Beduinen an der Nordgrenze Palästinas, die seit Anfang Dezember v. J. andauern, haben die jüd. Arbeiterfarmen und die Kolonie Metula in Obergaliläa stark gelitten. Die Arbeiterfarm Chamrah ist von den Geschossen der Beduinen ganz zerstört und durch Feuer vernichtet worden. Zwei andere, Tel-Chai und Kefar Giladi, sind von den Beduinen ausgeraubt worden. Ausser dem Mitglied der Arbeitergruppe, Schneer Schaposchtnik, der am 12. Dez. v. J. durch eine Kugel den Tod fand, sind, nach Aussagen französischer Soldaten, zwischen Tel-Chai und Metula noch zwei andere jüd. Arbeiter tot aufgefunden worden, deren Personalien noch nicht festgestellt werden konnten. Wie es scheint, handelt es sich um die zwei Arbeiter Trippon und Debroschinsky, die sich am Anfang Januar von Metula aus nach Tel-Chai begeben haben, um der Arbeitergruppe von Tel-Chai zu Hilfe zu kommen und die seitdem vermisst werden. Am 4. Januar mussten die Franzosen nach einem kurzen Kampfe sich von Metula zurückziehen. Mit ihnen hat die ganze Bevölkerung der Kolonie, 120 Seelen an der Zahl, in Eile Metula verlassen, sodaß sie von ihrem Hab und Gut nichts mitnehmen konnte. Anfangs wurden sie durch die arabische Gendarmerie verhindert, die Grenze zwischen der englischen und französischen Zone zu überschreiten. Den Bemühungen des Waad Hazirim ist es gelungen, vom Gouverneur von Palästina die Erlaubnis für sie zu erhalten, ohne Schwierigkeiten die Grenzen Palästinas zu überschreiten. Der größte Teil von ihnen wurde in Haifa und Akka untergebracht. Zu diesen Ereignissen ist zu bemerken, daß die Führer der Beduinenbanden jedes Mal versichern, daß sie gegen die Juden nichts haben. Die Räubereien wurden von den raubsüchtigen Beduinen ausgeführt, die sich der Disziplin der Führer nicht unterwerfen. Die Arbeitergruppen der drei genannten Farmen wollten ihre Farmen, an denen sie mit Leib und Seele hängen, nicht verlassen. Sie haben versucht, sich mit allen Mitteln dort zu halten. Die Arbeitergruppe von Tel-Chai hat sich besonders tapfer verteidigt. Sie waren mit Gewehren ausgerüstet und die Farm selbst ist ein guter Verteidigungsplatz, da sie von einer Mauer umgeben ist. Die Führer der Banden haben von ihnen verlangt, daß sie die weiß-rote Fahne des Scherifs hissen sollen, worauf sie sie in Schutz nehmen wollten. Die Arbeiter wollten sich aber dieser Bedingung nicht fügen, weil sie nichts gegen die Franzosen unternehmen wollten. Da sie aber den Beduinen an Zahl weit unterlegen waren und ihnen die Lebensmittel und Munition ausgingen, so mußten sie sich zurückziehen. Der „Kuntres“, Organ der „Achduth-Haawodah“, hat zu Nr. 20 eine Extrabeilage herausgegeben, worin er die Ereignisse in Obergaliläa ausführlich schildert.

—Der „J.P.Z.“ wird berichtet: Der Generalgouverneur von Palästina, General *Bols*, hat am 6. Januar Haifa besucht. Beim Empfang der Mitglieder der Handelskammer erklärte ihm der Gouverneur von Haifa, dass die Handelskammer bis zetzt noch nichts geleistet habe, weil die Mitglieder der Kammer unter sich nicht einig seien; die muselmanischen und christlichen Mitglieder der Kammer seien vollauf damit beschäftigt, den Juden so wenig Plätze und Rechte als möglich einzuräumen. General Bols sprach sein Bedauern darüber aus und erklärte u.a., daß die englische Regierung keine konfessionellen und nationalen Unterschied kenne; sie kenne nur Landesbürger, die mit vereinten Kräften für die Entwicklung des Landes arbeiten. Nach dem Frieden mit der Türkei werde für den Ausbau Palästinas, wie z. B. für den Ausbau von Häfen, der elektrischen Kraft und der Bewässerung des Landes eine große Anleihe gemacht werden. Zum Schluss bemerkte er, daß die Regierung fest entschlossen sei, die Grenzen Palästinas für die erwartete Immigration zu öffnen.

— Auf einer unlängst in Jaffa stattgefundenen Beratung der jüdischen Lehrer in Palästina wurde eine Resolution angenommen, die gegen die Bildung zweier Erziehungsräte (Waad Hachinuch) Stellung nimmt, aber mit der Wahl eines speziellen Komitees für orthodoxe Schulen sich einverstanden erklärt, das jedoch keine Kontrolle über das Budget ausüben solle. Das Hauptkomitee soll auch die hygienischen Einrichtungen überwachen und für den Gebrauch der hebräischen Sprache als Unterrichtssprache und für ein Mindestmass von weltlicher Erziehung verantwortlich sein. Die Konferenz beschloss, den „Hachinuch“ wieder herauszugeben und einen Plan für die Lehrerpensionierung vorzubereiten, die zion. Organisation um Erhöhung der Lehrergehälter zu ersuchen, hebräische Kurse zu organisieren und für die neuen Immigranten Sprachführer herauszugeben.

(„Zionist Bulletin“.)

— Der Aussenhandel von Palästina weist im Monat Okt. folgende Ziffern auf: *Einfuhr* aus England Waren im Werte von 49 630 Pfd., Aegypten für 41 537 Pfd., Frankreich für 6 692 Pfd., Amerika für 30 349 Pfd., Italien für 6 078 Pfd., Indien für 21 845 Pfd., Australien für 11 007 Pfd., Japan für 8 435 Pfd., Griechenland für 175 Pfd., Holland für 38 510 Pfd., andere Länder für 20 771 Pfd., durch Postpakete für 12 585 Pfd. *Ausfuhr* nach England Waren im Werte von 337 Pfd., Aegypten für 42 186 Pfd., Frankreich für 1 850 Pfd., Amerika füa 485 Pfd., Italien für 4 921 Pfd., Griechenland für 1 365 Pfd., Holland für 167 Pfd., andere Länder für 3 883 Pfd., durch Postpakete für 3 007 Pfd.

Im Aussenhandel nimmt der Hafen von Haifa den ersten Rang ein. Durch Haifa sind eingeführt worden Waren im Werte von 104 039 Pfd. und ausgeführt worden Waren im Werte von 18086 Pfd. Nach Haifa kommt Jaffa mit einer Ausfuhr von 7 557 Pfd. und einer Einfuhr von 94 837 Pfd. Der Rest fällt auf die Orte Ludd, Tulkerem, Jerusalem, Berseba, Gazah u.s.w.

Die Haupteinfuhr besteht aus folgenden Waren: Stoffen, Leinen, Naphtha, Zucker, Mehl, Schuhen und fertigen Kleidern. Die Hauptausfuhr besteht aus: Erbsen, Wein, gedörrten Früchten und Linsen.

— Herr J. *Spiwak*, der unlängst mit dem Schiff „Russlan“ aus Odessa in Palästina eingetroffen ist, gibt im „Hapoel Hazair“ einen ausführlichen statistischen Bericht über die 620 Personen, die mit diesem Schiff nach Palästina gekommen sind.

Von diesen Personen waren im Alter bis 15 Jahre 150, 15—20 Jahre 110, 20—30 Jahre 170, 30—40

Jahre 85, 40—50 Jahre 45 und über 50 Jahre 60 Personen. Davon 344 männlichen und 276 weiblichen Geschlechts. Die verschiedenen Berufe waren wir folgt vertreten: 36 Kaufleute, 6 Fabrikanten, 47 gelernte Arbeiter, 31 Handwerker, 34 Schüler (unter ihnen 15 Studenten), 6 Aerzte, 3 Ingenieure, 2 Architekten, 26 Lehrer und Lehrerinnen, 9 Vertreter der freien Berufe, 65 Gelegenheitsarbeiter, 3 Bauern, 10 Hausierer.

Von den männlichen Personen sprachen 70 % und von den weiblichen 30 % hebräisch.

Technisches Amt.

Die Zion. Kommission hat unlängst eine Konferenz von Ingenieuren einberufen, um die künftigen technischen Arbeiten in Palästina zu besprechen. *Ussischkin* hatte den Vorsitz. *Hecker* entwarf einen Plan zur Errichtung eines technischen Amtes. Nach einiger Diskussion über den Entwurf wurde beschlossen, dass das neue technische Amt aus vier Abteilungen bestehen solle, u. zw. Bauabteilung, öffentliche Arbeiten, Industrie und technische Erziehung. Jede Abteilung soll von einem Ingenieur geleitet werden, der einem Oberingenieur verantwortlich sein wird. Der letzte wiederum soll der Zion. Kommission Rechenschaft abzulegen haben. Folgende Namen wurden als Leiter der drei technischen Abteilungen vorgeschlagen: Bauabteilung *Wilbuschewitsch sen.*, öffentliche Arbeiten *Max Hecker*, Industrie *Wilbuschewitsch jun.* Der Plan muss von dem Londoner Bureau bestätigt werden. Mit den vorbereitenden Arbeiten wird bereits begonnen.

— Um der Wohnungsnot, die zurzeit in Palästina herrscht, abzuhelfen, hat der Waad Hazirim in den Vereinigten Staaten eine größere Anzahl Baracken bestellt. Anfang Januar sind im Hafen von Jaffa 20 Baracken ausgeladen worden. Die Ankunft weiterer Baracken wird demnächst erwartet.

— In Jerusalem und Jaffa hat sich neuerlich eine Aktiengesellschaft für den Ankauf von Boden unter dem Namen „Hamochin" gebildet.

— In der Kunst-Schule „Bezalel" in Jerusalem, die von Prof. Boris *Schatz* geleitet wird, befinden sich zur Zeit 100 Schüler.

— In der Musikschule „Sulamith" in Jaffa befinden sich in der Klavier- und Violinabteilung zur Zeit 80 Schüler und Schülerinnen. Die Ankunft zweier Lehrkräfte aus dem Auslande, der Herren *Amsel* und *Philipson* wird erwartet. Nach ihrer Ankunft sollen weitere Abteilungen eröffnet werden; auch werden die bisherigen Abteilungen ihre Tätigkeit erweitern. Der Militärverwalter von Jaffa hat kürzlich bei seiner Anwesenheit auf einem Konzert, das von den Zöglingen dieser Musikschule gegeben wurde, großes Interesse für diese Schule gezeigt und versprochen, passende Räume für sie ausfindig zu machen.

— Letzthin wurde in Haifa eine jüd. Fischereigesellschaft gegründet, die mit modernem Fischfanggerät versehen ist. Sie hat die Berechtigung erhalten, den Fischfang am Meeresufer neben der Kolonie Atlit zu betreiben. Der erste Fischfang ist sehr glücklich ausgefallen und es wurde zum ersten Mal „jüdischer Fisch" auf dem Markt von Haifa verkauft.

— Rabbi *Kook* ist von den Vertretern der Jeschiboth, Synagogen und anderen verschiedenen orthodoxen Körperschaften offiziell als Ober-Rabbiner von Jerusalem anerkannt worden.

— Die Gesellschaft für Palästinakunde und Archäologie hat Prof. Dr. *Slousch* als Mitglied aufgenommen. Prof. Sloutsch ist unlängst nach Palästina gekommen, um sich dort niederzulassen. Er wird sich hauptsächlich mit Archäologie beschäftigen und die Sammelschrift, die diese Gesellschaft herauszugeben gedenkt, redigieren. Prof. Slousch ist in diesem Fach Spezialist und wurde durch seine Mitarbeit an der Redigierung des „Corpus Inskriptorum Semiticorum", die von der Pariser Sorbonne herausgegeben wurde, bekannt.

— Am ersten Januar ist das Schiff „Tirol" in Jaffa angelangt. Es hatte 70 jüd. Seelen an Bord, meistens Auswanderer aus Polen, unter denen sich der bekannte jüd. Dichter L. *Joffe* aus Wilna befand.

— Der bekannte hebräische Dichter *Tschernichowsky* und der Schriftsteller *Rawnitzky* bereiten sich vor, nach Palästina zu gehen. Wie aus Jaffa berichtet wird, haben sie bereits ihre Dokumente nach Jaffa eingesandt, zwecks Erlangung der Einreisebewilligung von der englischen Regierung.

— Wie die „Jewish Times" aus sicherer Quelle erfährt, wurde der Redakteur des „Doar Hayom", *Safier*, in Jerusalem wegen eines Artikels in der engl. Wochenschrift, die unter der gleichen Redaktion wie „Doar Hayom" erscheint, wegen seiner scharfen Stellungnahme gegen die Missionär-Schulen, auf Grund einer Verordnung der arabischen Verwaltung verhaftet und nur gegen entsprechende Kaution aus der Haft entlassen.

Schweiz.

Achad Haam in der Schweiz.

Wie der „Jüdischen Presszentrale Zürich" soeben aus Bern telephoniert wird, ist *Achad Haam* am 29. Januar in Begleitung seiner Tochter in Bern eingetroffen. Er ist leidend und gedenkt für 2 Monate n der Schweiz Kuraufenthalt zu nehmen.

Warnung an die jüdische Studentenschaft des Ostens.

Im Auftrage des akademischen Zionisten-Vereins „Hechawer" und des jüdisch-akademischen Unterstützungs-Vereins in Bern erläßt Dr. Michael *Krauthammer* eine beherzigenswerte Warnung an die jüd. Studentenschaft des Ostens, sich nicht, wie beabsichtigt, zu Studienzwecken nach der Schweiz zu begeben. Die meisten dieser Studierenden dürften bei dem jetzigen Tiefstand der Valuten kaum auf genügende Unterstützung von zu Hause rechnen können; sie glauben in der Schweiz Verdienstmöglichkeiten zu finden, wofür jedoch nicht die geringste Aussicht vorhanden ist. Die in der Schweiz bestehenden jüdisch-akademischen Vereine sind kaum in der Lage, die bereits jetzt in der Schweiz sich aufhaltenden und in unverschuldete Not geratenen Studenten genügend unterstützen zu können, und müssen jede Unterstützung Neu-Angekommener ausnahmslos ablehnen. Es liege also im vitalsten Interesse der jüdischen Studentenschaft des Ostens, von jedem Versuch, die Einreisebewilligung in die Schweiz zu erlangen, abzusehen,

Presse- und Verlags-Notizen.

Das erhöhte Interesse für jüdische Literatur äußert sich in der erhöhten Arbeitsleistung der jüd. Verleger. Im Verlage R. *Löwit*, Wien, wird eine größere Anzahl von Novitäten zur Ausgabe vorbereitet. Dr. Max *Brod* läßt eine Schrift „Sozialismus im Zionismus" erscheinen (ca. M. 4.—) in der er unter Verwertung altjüdischen Gedankengutes einen neuen Ausgleich zwischen den individualistischen und kommunistischen Wirtschaftstheorien sucht. Eine zweite Arbeit bringt unter dem Titel „Im Kampfe um das Judentum" gesammelte Essays des Dichters. Bruno *Frei* wird in seinem Buche „Das Wiener jüdische Elend" (br. M. 6.—, geb. M. 8.—) erschütternde Details über die Wiener Verhältnisse publizieren. Uriel *Birnbaum* veröffentlicht einen Band Sonette „In Gottes Krieg", mit Federzeichnungen des Maler-Dichters geschmückt. Eine großangelegte Anthologie der jüdischen Lyrik erscheint in Uebersetzungen von Meir *Wiener*, der mit seinen Dichtungen „Messias" (M. 5.—) sein erstes Werk der Oeffentlichkeit übergibt Von größtem Interesse für die zionistische Welt wird eine neue Biographie Theodor Herzls aus der Feder Prof. Dr. Leon *Kellners* sein, deren erster Teil unter dem Titel „Theodor Herzls Lehrjahre" in Kürze erscheint. Dr. Salo *Baron*, „Die Judenfrage auf dem Wiener Kongreß" ist eine historisch wie kulturgeschichtlich gleich wertvolle Monographie (br. M. 12.—, geb. M. 15.—). Eine künstlerische Gabe wird die neue Haggadah mit den Illustrationen von Joseph *Budko* darstellen, die für den Gebrauch anläßlich der Feiertage rechtzeitig erscheinen wird.

— In Warschau erscheint eine neue Wochenschrift in jiddischer Sprache „Der Socher", Organ des zentralen Kaufleute-Vereins. No. 1 und 2 sind bereits in der „J.P.Z." eingetroffen.

— „Dus fraje Wort", Organ der radikal-demokratischen zion. Gruppe beginnt dieser Tage in Lemberg als Wochenschrift zu erscheinen.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zürich